Brief an die 27 deutschen Bischöfe und an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz

Hannover, 31. Juli 2002

Sehr geehrter Herr Kardinal/Bischof/Weihbischof/Diözesanadministrator....!

das äußerst zögerliche Handeln angesichts der in den letzten Wochen bekannt gewordenen Fälle sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen durch Priester und Ordensleute haben dem Ansehen unserer Kirche unter den Gläubigen wie in der Öffentlichkeit einen sehr großen Schaden zugefügt.

Wenn es selbst nach kircheninternen Schätzungen 300 Täter in Deutschland geben soll – die Zahl der Opfer wird wesentlich größer sein – stellen die bisher aufgedeckten Fälle erst die Spitze des Eisbergs dar. Damit die Glaubwürdigkeit der katholischen Kirche in Deutschland nicht noch weiter erschüttert wird, ist unverzüglich konsequentes Handeln erforderlich.

Wie zu hören ist, wird der Vatikan drei Forderungen an die Deutsche Bischofskonferenz richten:

1. eine einheitliche Regelung im Umgang mit den Priestern zu finden, denen sexueller Missbrauch vorgeworfen wird,
2. alle Priester bei begründetem Verdacht künftig anzuzeigen und
3. Priester unter Missbrauchsverdacht sofort zu beurlauben und sie erst wieder bei Nachweis der Unschuld ihr Amt aufnehmen zu lassen.

Diese Forderungen reichen jedoch keinesfalls aus, den bisherigen Opfern des sexuellen Missbrauchs Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und künftige Straftaten in diesem Bereich auszuschließen. Deshalb fordert die KirchenVolksBewegung Wir sind Kirche von den Bischöfen und der Bischofskonferenz darüber hinaus:

- die grundlegende Überprüfung aller früheren Verdachtsfälle des sexuellen Missbrauchs, da zu befürchten ist, dass in der Vergangenheit die Schwere des sexuellen Missbrauchs nicht ernst genug genommen wurde und nicht die erforderlichen strafrechtlichen und disziplinarischen Maßnahmen ergriffen worden sind.
- eine Bilanz über die Zahl der kirchenintern geprüften Verdachtsfälle, der strafrechtlich verfolgten Fälle und der nach Rom gemeldeten Fälle in den 27 deutschen Diözesen.
- die öffentliche Entschuldigung bei den Opfern sowie die Wiedergutmachung für den erfahrenen Missbrauch und die Demütigungen durch das Unglaubwürdigmachen des Opfers und das Verschweigen der Tat und des Täters.
- die Aufhebung eventuell bestehender Vertraulichkeitsvereinbarungen, mit denen Missbrauchsopfer durch eine finanzielle Entschädigung in der Vergangenheit zum Stillschweigen verpflichtet worden sind.
- ehemalige Täter auf keinen Fall mehr in der Seelsorge zu beschäftigen.

Um für die Zukunft einen besseren Schutz der Opfer sowie aller der Kirche anvertrauten Kinder und Jugendlichen vor sexuellem Missbrauch durch Priester, Ordensleute und kirchliche Mitarbeiter zu gewährleisten, rufen wir Sie auf, sich in Ihrem Bistum, beim Ständigen Rat am 26. August 2002 und bei der kommenden Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda einzusetzen für:

- die Einrichtung von Ombuds-Stellen, wie sie bereits in den Nachbarländern existieren, die als Opferanwältinnen die betroffenen Kinder und Jugendlichen gegenüber Gerichten und kirchli-chen Stellen begleiten und unterstützen. Diese Ombuds-Stellen müssen personell und organisatorisch unabhängig von den bischöflichen Ordinariaten sein, um eine wirklich vertrauenswürdige Hilfe zu

gewährleisten.
- eine therapeutische Begleitung der Opfer.
- eine intensive Auseinandersetzung der Priesteramtskandidaten mit ihrer eigenen Sexualität während der Ausbildung.
- die Nichtzulassung von Personen zum Priesteramt oder zu anderen Seelsorgeberufen, die einschlägige Gefährdungen erkennen lassen.
- wirksame Präventionsmaßnahmen in den Jugendverbänden, Gemeinden, Kindergärten, Schulen und überall dort, wo Kinder und Jugendliche der Kirche anvertraut sind.
- eine therapeutische Begleitung der straffällig gewordenen wie auch der potenziellen Täter.
- eine schnelle Reaktion auf glaubwürdige Anschuldigungen und Gewährleistung der notwendigen Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden.
- die Verpflichtung, das seelische Wohl der Opfer und ihrer Familien in den Vordergrund zu stellen, mit Missbrauchsfällen offen und transparent umzugehen, dem Recht der Öffentlichkeit auf Information nachzukommen und dabei den Persönlichkeitsschutz der Beteiligten und Betroffenen sicher zu stellen.

Wenn es Ihnen wirklich ernst ist mit Ihrer Erschütterung – nehmen Sie die Opfer wahr, widmen Sie ihnen mehr als einen Satz, hören Sie ihnen genau zu, um zu ermessen, wie schrecklich sexueller Missbrauch durch einen Priester für ein Kind, eine / einen Jugendlichen ist.

Nur mit einem schnellen Handeln der Kirchenleitung wird eine weitere Skandalisierung des sexuellen Missbrauchs vermieden und das Vertrauen in die katholische Kirche wieder aufgebaut werden können.

Mit dem Zypresse-Not-Telefon hat die KirchenVolksBewegung Wir sind Kirche Ende Juni 2002 eine Anlaufstelle geschaffen, die stärker als erwartet in Anspruch genommen wird; dieses verdeutlicht die dringende Notwendigkeit von Ombuds-Stellen. Auch darüber hinaus ist die KirchenVolksBewegung bereit, mit Ihnen und allen kirchlichen Stellen in dieser sensiblen Frage zusammen zu arbeiten.

Wir werden Ihre Diskussionen und Beschlüsse weiterhin verfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

Annegret Laakmann (Referentin)
und Christian Weisner (Wir sind Kirche Bundesteam)
Zuletzt geändert am 02.05.2006